

7 Ideen für eine neue Wirtschaft

Transformative Ideen für eine lebenserhaltende Wirtschaft innerhalb der Grenzen unserer Erde

Januar 2022



Inhalt

• Einführung	01
• Idee 1: Eine Wirtschaft innerhalb der Grenzen unserer Erde	03
• Idee 2: Eine wahrhaft demokratische und partizipative Wirtschaft	04
• Idee 3: Eine gemeinschaftliche Zukunft	06
• Idee 4: Arbeit neu denken	08
• Idee 5: Die Rolle der Unternehmen	10
• Idee 6: Handel, Solidarität und internationale Beziehungen	11
• Idee 7: Werte für eine neue Wirtschaft und Gesellschaft	13
• Liste der Mitgliedsgruppen, Fördermittelgeber und weitere Hinweise	14

Einführung

Unsere Wirtschaftsstrukturen sind das Ergebnis bewusster Gestaltung, und deshalb können wir sie auch neugestalten! Innerhalb unseres europäischen Netzwerks aus 32 Ländern haben wir von Friends of the Earth Europe **7 transformative Ideen für eine neue europäische Wirtschaft** entwickelt. Sie sind ein kleiner Vorgeschmack auf einige unserer wichtigsten Visionen und Prioritäten. Wir hoffen, dass wir damit zum Handeln inspirieren können, um die derzeit dominante, wachstumsbasierte, kapitalistische und neoliberale Wirtschaft und die Machtstrukturen, die sie erhalten und antreiben, vollständig zu transformieren, denn sie sind die Wurzel für die Zerstörung unseres gemeinsamen Planeten und seiner Bewohner*innen. Wir hoffen, dass wir mit unseren Ideen kollektives Handeln zur Neugestaltung einer Wirtschaft anstoßen können, die dem Wohl aller Menschen und unseres gemeinsamen Planeten dient. Für sich allein genommen ist keine unserer Ideen transformativ – sie bedingen sich vielmehr gegenseitig. Wir können einen transformativen Wandel unseres Wirtschaftssystems herbeiführen, wenn wir all diese Ideen, und noch einige mehr, gemeinsam umsetzen.

Wir haben unsere Visionen für die europäische Ebene entwickelt und aus europäischer Perspektive formuliert. Viele der Ideen können sicher auch global umgesetzt werden, aber wir möchten gerne noch mehr von Bündnispartner*innen im Globalen Süden lernen, um zukünftig eine echte Gerechtigkeitsperspektive des Globalen Südens zu integrieren.

Was ist „die Wirtschaft“? Auf das Wesentliche reduziert ist „die Wirtschaft“ nichts weiter als seine Reihe von Produktions- und Konsumaktivitäten, die damit einhergehen, dass natürliche Ressourcen in Güter und Dienstleistungen umgewandelt werden. Diese Güter und Dienstleistungen reichen von fließendem Wasser, Strom und Straßen bis hin zu Arbeitslosengeld, Haarschnitten und Lebensmitteln.

Schädlich ist die Auffassung, dass die Wirtschaft getrennt von der Natur und den Menschen existiert. Die oben beschriebene Basisfunktion der Wirtschaft ist zunächst einmal nicht grundsätzlich verkehrt. Problematisch und zerstörerisch für Umwelt und Gesellschaft ist viel mehr, was sich in der Praxis, der Politik und der Kultur daraus entwickelt hat. Die Wirtschaft wird als eine von der Gesellschaft und der Natur getrennte Sphäre betrachtet. Dabei wird außer Acht gelassen, dass die Wirtschaft in die Natur eingebettet und somit von unserem gemeinsamen Planeten abhängig ist, der Ressourcen bereitstellt und Schadstoffe absorbiert, und dass die Wirtschaft von Menschen getragen wird, ihnen dient und Auswirkungen auf sie alle hat.

Der Aufstieg des Neoliberalismus. In den späten 1940er Jahren gewann der Neoliberalismus, angeführt von mehrheitlich europäischen, männlichen, weißen, liberalen und kapitalistischen Ökonomen und Intellektuellen, zunehmend an Bedeutung. Sie alle einte der Glaube, dass die Freiheit des Individuums von kollektivistischen Tendenzen bedroht sei. Deshalb propagierten sie ihre Ideen, die ab den 1970er Jahren allmählich von internationalen Organisationen und Regierungen adaptiert wurden. Heute ist die neoliberale Marktwirtschaft in Europa und weltweit die dominante Wirtschaftsideologie und -praxis.

Neoliberalismus – eine durch und durch prokapitalistische Wirtschaftsideo­logie. Der Neoliberalismus bedingt politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Regelungen, die sich durch eine starke Betonung von Marktbeziehungen und individueller Verantwortung ebenso auszeichnen wie durch die Privatisierung der öffentlichen Sphäre, einen Mangel an bedeutungsvoller demokratischer Teilhabe, die Deregulierung des Unternehmenssektors, die Senkung von Arbeitseinkommen und der Unternehmensbesteuerung sowie Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben. Ausgehend von der Fehlannahme, dass der Nutzen hieraus letztlich „durchsickert“ und allen Menschen zugutekommt, werden Profitmaximierung, Akkumulation und „Effizienz“ über alles gestellt. Basis dieser Ideologie ist Ungleichheit, und somit schafft und perpetuiert sie Unterdrückung durch die wirtschaftlich Mächtigen, einschließlich Patriarchat, Rassismus, einer Klassengesellschaft, Neokolonialismus und heteronormativen Strukturen. Sie strebt danach, so viel wie möglich zu kommodifizieren und zu monetarisieren. So werden auch die Natur, zwischenmenschliche Beziehungen, Beziehungen zwischen Menschen und ihrer Umwelt, Familien- und Gemeinwesenarbeit und der menschliche Körper zur Ware.

Wirtschaftswachstum als Kern des neoliberalen, kapitalistischen Systems bedingt das Streben nach beständiger Ausdehnung und Intensivierung der ökonomischen Sphäre. Dies wird auch dadurch deutlich, dass der kurzfristige und verkürzte Parameter Bruttoinlandsprodukt (BIP) innerhalb der EU und in anderen europäischen Ländern als Hauptindikator für die „Gesundheit“ eines staatlichen Gemeinwesens gilt. Wirtschaftswachstum ist zur mentalen Infrastruktur industrialisierter Gesellschaften geworden – die Wachstumsethik zieht den beständigen Wunsch nach „Verbesserung“ nach sich: „Wachstum ist Fortschritt“.

Ausbeutung von Ressourcen, Menschen und Natur. Die Gier der europäischen Volkswirtschaften nach immer mehr – mehr Profit, mehr Produktion, mehr Konsum – ist natürlich auch mit einem höherem Abfall- und Emissionsaufkommen verbunden. Sie führt zu einem in keiner Weise nachhaltigen Abbau von Ressourcen, der Schäden an der Natur verursacht und die planetaren Grenzen verletzt. Die europäischen Volkswirtschaften gründen zudem zu einem erheblichen Teil auf der Kolonialisierung des Globalen Südens, dessen Ressourcen abgebaut und verbraucht und dessen Menschen als Arbeitskräfte ausgebeutet wurden. Im Neokolonialismus der Gegenwart hält diese ausbeuterische und ungerechte Situation bis dato an.

Das dominante Wirtschaftssystem schädigt die meisten Menschen und den Planeten, ABER diese Wirtschaftsstrukturen sind das Ergebnis bewusster Gestaltung – und deshalb können wir sie auch neugestalten! Wir müssen das aktuelle Wirtschaftssystem und die Machtstrukturen, die es erhalten und antreiben, vollständig transformieren. Und wir müssen gemeinsam eine neue Wirtschaft gestalten, die im Dienst aller Menschen und unseres gemeinsamen Planeten steht, eine Wirtschaft, für die die beiden folgenden Maßgaben gelten:

- **Grundbedürfnisse erfüllen** und allen Menschen ein anständiges Leben in Würde ermöglichen. Es gibt nur wenige, endliche und benennbare menschlichen Grundbedürfnisse. Die Wirtschaftswissenschaft versucht allerdings ständig, sie mit Wünschen gleichzusetzen, die unendlich und unersättlich sein können. Es gibt physische – Nahrung, Unversehrtheit, Unterkunft – und mentale Grundbedürfnisse. Zu letzteren zählen Selbsterhalt, Schutz, Zuneigung, Verständnis, Teilhabe, Muße, Kreativität, Identität und Freiheit.

- **Innerhalb der ökologischen Grenzen bleiben.** Wir benötigen dringend eine absolute Reduzierung und eine wesentlich gerechtere globale Verteilung bei der Nutzung natürlicher Ressourcen. Die größte Reduzierung muss dabei von den reichsten Konsument*innen geleistet werden, zu denen auch die Europäer*innen gehören.

Wir brauchen eine Abkehr von der Ideologie, dass größer und schneller automatisch immer besser ist, denn das Streben nach Wirtschaftswachstum und ständiger Zunahme von materiellem Wohlstand ist weder alternativlos noch wünschenswert. Güter und Dienstleistungen des Grundbedarfs sollten nicht länger Waren, sondern Grundrechte sein, die außerhalb der Marktdomäne Allen zugänglich sind.

Die europäische Wirtschaft muss insgesamt schrumpfen. Das Gesamtvolumen der europäischen Wirtschaft und ihre Entwicklungsgeschwindigkeit müssen sich verringern. Dies ist jedoch kein ausschließlich linearer Prozess. Schrumpfen sollen jene Wirtschaftssegmente, deren Aktivitäten umweltschädlich sind und die kaum oder gar keinen gesellschaftlichen Nutzen haben, wie etwa der militärische Sektor, die Luft- und Raumfahrt, schnelllebige Mode und Einwegverpackungen. Sektoren, die Grundbedürfnisse erfüllen und dem Wohlergehen der Allgemeinheit dienen, sollen hingegen erhalten werden oder sogar weiterwachsen. Dazu gehören die energetische Renovierung von Gebäuden, erneuerbare Energien, wiederverwendbare Verpackungen, Infrastruktur für das Radfahren, Aktivitäten der Teilhabe wie kommunale Theaterproduktionen oder agrarökologische Lebensmittelnetzwerke.

Idee 1: Eine Wirtschaft innerhalb der Grenzen unserer Erde

Unsere Vision ist eine lebenserhaltende Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen – ein Ende der überproportionalen europäischen Ausbeutung von Ressourcen, die über die Regenerationsfähigkeit der Erde hinausgeht. Eine völlig andere Art der Produktion, des Konsums und der Beziehung zur Natur.



Innerhalb der Grenzen. Europa verbraucht einen überproportionalen Anteil der gemeinsamen globalen natürlichen Ressourcen und ist für ökologische und gesellschaftliche Schäden im großen Ausmaß verantwortlich. Wir müssen unseren Konsum insgesamt reduzieren. Produktion und Konsum von Waren und Dienstleistungen müssen innerhalb der Grenzen bleiben, die uns gesetzt werden von den existierenden Beständen an nicht erneuerbaren Ressourcen, der Regenerationsfähigkeit von „erneuerbaren“ natürlichen Ressourcen und den Assimilationskapazitäten natürlicher Senken.

Eine gerechte, post-extraktivistische Zukunft erfordert die umfassende Transformation in eine wirklich suffiziente und gerechte Kreislaufwirtschaft. Alle müssen in gleichem Maße von der Ressourcenverwendung

profitieren. Lediglich ein paar kleine Änderungen am aktuellen System, innovative grüne Technologien und das Vertrauen in Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch sowie in Digitalisierung werden hierfür nicht ausreichen.

Rückkehr zu lokalen Strukturen. Allen zugängliche lokale Versorgungsstrukturen sollten das neue logische Organisationsprinzip der Wirtschaft werden. Die Grundbedürfnisse des Lebens sollten so weit wie möglich aus lokaler Produktion und Versorgung gedeckt werden. Dies bedeutet, dass ausgelagerte Kapazitäten in Industrie und Landwirtschaft mit ganz neuen Produktionsgrundsätzen wieder vor Ort angesiedelt und aufgebaut werden müssen: weniger regionale Spezialisierung und größere Vielfalt.

Begrenzung der gesellschaftlichen und ökologischen Auswirkungen. Jede Umwandlung natürlicher Ressourcen in Güter und Dienstleistungen und der Umgang mit ihrer begrenzten Lebensdauer haben Auswirkungen auf unseren gemeinsamen Planeten, Menschen und andere Spezies. Daher müssen die nachhaltigsten und am wenigsten folgenschweren Methoden die Norm werden bei Extraktion, Produktion, Verarbeitung, Design, Herstellung, Transport, Recycling, etc. Dies bedeutet, mit der Natur zu arbeiten statt gegen sie. Dazu sind strenge und bindende Gesetze entlang der gesamten Wertschöpfungskette notwendig, die sicherstellen, dass diejenigen zur Rechenschaft gezogen werden, die für Verstöße und/oder Schäden verantwortlich sind (Unternehmen, Regierungen).

Ressourcensouveränität. Gemeinwesen, die ganz direkt von den Auswirkungen der Ressourcenextraktion betroffen sind und über Kenntnisse der Ökosysteme vor Ort verfügen, sollten dazu ermächtigt werden, Schlüsselpositionen als Entscheidungsträger*innen einzunehmen.

Idee 2: Eine wahrhaft demokratische und partizipative Wirtschaft

*Innerhalb der Grenzen unserer Erde zu bleiben, weniger zu produzieren und zu konsumieren – das reicht noch nicht für eine neue Wirtschaft. Dieses Projekt ist wesentlich umfassender und ehrgeiziger. Es erfordert auch, dass die ökonomische Sphäre wieder unter öffentliche Kontrolle gestellt wird und alle Bürger*innen fair und angemessen an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden.*



Wieder mehr Politik in der Wirtschaft und weniger Wirtschaft in

der Politik. Wir müssen die Politik zurück in die Wirtschaft bringen, damit Wirtschaft nicht länger reiner Selbstzweck bleibt, sondern zu einem Instrument wird, um demokratisch legitimierte Ziele zu erreichen. Gleichzeitig brauchen wir weniger ökonomische Logiken in der Politik, denn die Definition eines „guten Lebens für Alle“ sollte das Ergebnis eines demokratischen Kompromisses zwischen den unterschiedlichen Visionen innerhalb einer Gemeinschaft sein, statt von abstrakten quantitativen Indikatoren wie dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) bestimmt zu werden. Das Spektrum „akzeptabler“ politischer Ideen bedarf der Erweiterung über den aktuell herrschenden breiten Konsens hinaus, der keine Alternativen zu einer wachstumsbasierten, kapitalistischen, neoliberalen Marktwirtschaft sieht. Auch Stimmen außerhalb der politischen Elite und des Unternehmenssektors sollten dazu gehört werden.

Demokratische Strukturen, die fit für eine neue Wirtschaft sind. Wir brauchen eine viel stärkere Beteiligung von unten, die gemäß den Prinzipien von Gleichheit und Gerechtigkeit organisiert ist. Alle Bürger*innen sollten effektive Möglichkeiten zur Teilhabe auf sämtlichen Feldern des politischen Lebens haben. Hindernisse dafür, wie etwa Zeit, Ressourcen, Sprache, Fähigkeiten, Selbstvertrauen bei öffentlichen Ansprachen, Lesekompetenz, etc., sollten ausgeräumt werden. Das tradierte Wissen und die Erfahrung der am stärksten von struktureller Diskriminierung betroffenen Personen sollten eine zentrale Rolle bei der Lösungs- und Entscheidungsfindung spielen. Wir brauchen eine direkte und partizipative Demokratie, bei der die Bürger*innen wesentlich häufiger regelmäßig und konkret zu Rate gezogen werden, sowie andere Formen der Repräsentation, Lokalisation und Subsidiarität, bei denen politische Entscheidung auf der jeweils am besten geeigneten dezentralisierten Ebene getroffen werden – und dies dürfte wesentlich häufiger eine der unteren Ebenen sein, die kommunale oder regionale.

Mehr und stärkere Demokratie – wie? Eine direkte und partizipatorische Demokratie sollte auf den unterschiedlichen Entscheidungsebenen von lokal bis global verschiedene Formen annehmen. Einige Beispiele dafür:

- Bezirksräte
- Betriebsversammlungen
- Kommunal- und Bürger*innenversammlungen
- Bürger*innenhaushalte
- Bürger*innentagungen
- von Bürger*innen initiierte Volksabstimmungen und Gesetze

Die repräsentative Demokratie überholen. Dazu zählen ein Verbot der Parteienfinanzierung durch Unternehmen und die Regulierung von Lobbyismus, sodass Politik ausschließlich im öffentlichen Interesse gemacht wird und die Entscheidungsfindung demokratischer Institutionen vor Einflussnahme seitens der Wirtschaft geschützt ist. Außerdem benötigen wir Maßnahmen, die Unabhängigkeit und Pluralismus der Medien sicherstellen.

Großunternehmen, insbesondere aus der fossilen Energiewirtschaft, haben derzeit auf sämtlichen Regierungsebenen immensen Einfluss auf die Entscheidungsfindungsprozesse. Bei der UN-Klimakonferenz COP26 in Glasgow im Jahre 2021 flutete die fossile Industrie den Tagungsort regelrecht mit Lobbyist*innen. Ihre Anzahl war weit höher, als die der Teilnehmenden der größten einzelnen Landesdelegation und doppelt so hoch wie die der Mitglieder der offiziellen indigenen Stimmrechtsgruppe ¹. Jede Hoffnung auf ein wirklich demokratisches System beginnt damit, dass unzulässige Einflussnahme auf und Besitzstandswahrung durch die Politik unterbunden werden.

¹ <https://corporateeurope.org/en/2021/11/hundreds-fossil-fuel-lobbyists-flooding-cop26-climate-talks>

Idee 3: Eine gemeinschaftliche Zukunft

Unsere Vision ist eine Wirtschaft, die die Grundbedürfnisse aller Menschen deckt, mit Dienstleistungen und Infrastruktur in Eigentum und Verwaltung der öffentlichen Hand und des Gemeinwesens, frei von Wachstums- und Profitmotiven.



Eine „gemeinschaftliche“ Zukunft. Es darf keine neuen Privatisierungen in jedweder Form geben, die Kommodifizierung der Natur muss enden und Privateigentum muss zurückgehen, indem die öffentliche Versorgung wieder in die Hand des Gemeinwesens gelegt wird. Dienstleistungen aus öffentlicher Hand oder im Besitz des Gemeinwesens können im Hinblick auf Kosten, Qualität und Zugang genauso gut oder besser sein, als eine privatisierte Versorgung, ohne dass dabei der soziale Gedanke geopfert wird. Lösungen im Eigentum und unter Verwaltung der öffentlichen Hand und des Gemeinwesens verfügen über das Potential, uns aus der ökologischen Krise zu führen. Marktbasierte und privatisierte Lösungen können dies nicht leisten.

Universelle Grundversorgung (UBS). Eine kostenfreie öffentliche Versorgung mit Infrastruktur und Dienstleistungen in Bereichen wie Wasser, Entsorgung, Bildung, Gesundheitswesen, Wohnen und Transport ist der effektivste Weg, sicherzustellen, dass Grundbedürfnisse befriedigt und Menschenrechte gewahrt werden. Sie sind außerdem ein mächtiges Instrument der Umverteilung von Vermögen und somit der Reduzierung von Ungleichheit und Armut. Insbesondere Menschen mit geringen Einkommen, Randgruppen und Frauen würden von einer Universellen Grundversorgung profitieren.

Vergesellschaftung und Rekommunalisierung sind Trends, die in Europa an Fahrt aufnehmen. Staaten oder kommunale Behörden fordern Eigentum zurück und übernehmen wieder Betrieb, Verwaltung und Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen, die zuvor privatisiert worden waren. So können sie die Kontrolle über die regionale Wirtschaft und Ressourcen zurückgewinnen, eine essenzielle Grundvoraussetzung für die Planung eines gerechten ökologischen Wandels.

Kollektive Verwaltung und Gemeinschaftsgüter. Das Konzept des gemeinschaftlichen Eigentums ist nicht auf Staatseigentum beschränkt, sondern meint auch Gemeinschaftsgüter (engl. *Commons*). Um lebenswichtige Ressourcen zu verwalten und die Versorgung zu organisieren, müssen wir uns auf alte Organisationsformen zurückbesinnen oder neue entwickeln, die weder öffentlich noch privat sind. Der Begriff „Gemeingüter“ bezieht sich auf in der Regel selbstverwaltete Organisationen oder Liegenschaften, bei denen ein Kollektiv sich Ressourcen oder Produktionsmittel teilt (Land, Werkzeuge, Wissen), um Grundbedürfnisse auf kooperative, demokratische und sämtlichen Mitgliedern zugängliche Art zu befriedigen. Die Rückforderung von Eigentum ist in fast allen Domänen möglich. In ganz Europa organisieren sich Bürger*innen

bereits selbst in Kooperativen für Bio-Lebensmittel, Gemeinschaftsgärten, Wohnkooperativen, Kinderbetreuungseinrichtungen in gemeinsamer Elternträgerschaft, etc.

Erneuerbare Energien in Bürger*innenhand. Städte, Bürger*innen, Gemeinwesen und Kooperativen sind die Speerspitze des europäischen Energiewandels. Bereits heute profitieren sie in ganz Europa davon, ihre eigenen Energieressourcen zu betreiben. Menschen in den Mittelpunkt der Programme für erneuerbare Energien zu stellen ist der beste Weg, den benötigten Wandel in eine Zukunft ohne fossile Brennstoffe zu erreichen ².

Geld und Wirtschaftsdemokratie – zwei Seiten der gleichen Medaille. Privatbanken verfügen über bedeutende Macht: Sie kontrollieren die Geldschöpfung und bestimmen durch die Kreditvergabe an Privatpersonen und Unternehmen, welche Projekte finanziert und entwickelt werden können. Da sie dabei einem kurzfristigen Ansatz folgen, tendieren sie dazu, Kredite an besonders profitträchtige und weniger nachhaltige Projekte zu vergeben. In einer neuen Wirtschaft können wir Geld als öffentliche, hoheitliche oder gemeinschaftliche Ressource verwalten. Dazu würden demokratisch geführte und kontrollierte Institutionen benötigt, die beispielsweise über die Macht zur Geldschöpfung und zinsfreien Mittelzuweisung an Projekte verfügen könnten, die Nachhaltigkeit und Wohlergehen fördern. Zusätzlich dazu könnten regionale Gemeinschaftswährungen über ein immenses, bislang noch nicht ausgeschöpftes Potential zum Aufbau einer resilienten und (wieder) lokalisierten Wirtschaft sein.

Kein Allheilmittel. Öffentliches und gemeinschaftliches Eigentum sind nur einer der für den Wandel benötigten Aspekte. Es reicht nicht aus, dass sich Versorgungseinrichtungen, Ressourcen und Dienstleistungen im öffentlichen oder gemeinschaftlichen Besitz befinden: Sie müssen auch öffentlich und gemeinschaftlich verwaltet werden. Dafür ist ein hohes Ausmaß an demokratischer Kontrolle und Teilhabe notwendig, und Wachstums- und Profitmotive müssen außen vor bleiben.

² <https://friendsoftheearth.eu/climate-justice-and-energy/community-renewable-energy/>

Idee 4: Arbeit neu denken

Arbeit innerhalb einer neuen Wirtschaftsordnung zu überdenken – ihre zentrale Stellung innerhalb der Gesellschaft, Definitionen, Umfang und Wert unterschiedlicher Arten von Arbeit – verleiht uns das Potenzial, uns eine Gesellschaft vorzustellen, die von Lohnarbeit befreit und in ihr emanzipiert ist.



Arbeit als moralischer Wert und gesellschaftlicher Imperativ. Während Arbeit für viele Menschen eine große Quelle des Wohlbefindens ist, lässt sie in unserer kapitalistischen und wachstumsorientierten Gesellschaft gleichzeitig Millionen von Menschen zurück und schafft viel persönliches und kollektives Leid. Der Kapitalismus mit dem Hauptziel der Gewinnabschöpfung bedingt Strukturen, in denen menschliche Arbeitskraft sowohl nicht genutzt (arbeitslose Menschen), falsch genutzt (unpassende oder ungeeignete Arbeit wird zugeteilt) als auch übermäßig genutzt wird (lange Arbeitszeiten, Arbeit unter hohem Druck). Gewinne aus Produktivitätszuwächsen fließen regelmäßig dem Kapital zu (höhere Profite, materieller Konsum) und nicht den Arbeitskräften (in Form von mehr Freizeit).

Eine von Lohnarbeit befreite Gesellschaft

Eine umfassendere Definition und Wertschätzung von „Arbeit“. Wir müssen die Definition von Arbeit erweitern und den Wert einer größeren Vielfalt unterschiedlicher Arbeitsformen (die häufig von Frauen erbracht werden) erkennen, fördern und gerecht verteilen: reproduktive Arbeit, Pflege- und Hausarbeit, intellektuelle Arbeit, immaterielle Arbeit, etc. Arbeit findet nicht nur an ausgewiesenen „Arbeitsplätzen“ statt, sondern auch in Haushalten, Gemeinwesen, Kooperativen, Vereinen und in der kleinen Subsistenzwirtschaft. Viele dieser Arbeitsformen sind lebenswichtig, benötigen oder beinhalten aber weder Akkumulation und Kommodifizierung, noch umfängliche(n) Konsum und Produktion.

Reduzierte Arbeitszeiten und Arbeitsteilung. Es wird Zeit, die zentrale Rolle der Lohnarbeit in unseren Gesellschaften in Frage zu stellen. Die Arbeitszeit im Rahmen eines größeren Bündels an Reformen zu reduzieren, die angemessene und ausreichende Gehälter garantieren, kann dafür sorgen, dass wir die Anzahl von Jobs auch innerhalb einer Wirtschaft erhalten oder sogar steigern können, die nicht wächst. Produktivitätsgewinne können statt in Profitmaximierung in Freizeit fließen, in Zeit für Demokratie-, Pflege-, Haus- und Gemeinwesenarbeit, und so unseren ökologischen Fußabdruck verkleinern.

Friends of the Earth Ireland beteiligt sich an einer Kampagne für eine 4-Tage-Arbeitswoche³. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Frauenrechtsgruppen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Akademiker*innen und

³ <https://fourdayweek.ie/about/>

anderen Partnern propagieren sie die 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich als Standard-Arbeitsmodell innerhalb der gesamten Volkswirtschaft.

Flexible Arbeitszeiten. Im Rahmen von flexibleren Arbeitsbedingungen könnten sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmer*innen darauf verständigen, dass die Arbeitnehmer*innen in bestimmten Fällen Arbeitszeit, -ort und -menge selbst festlegen können. Dies kann für ein gesünderes Leben sorgen. Im Idealfall werden die Rahmenbedingungen mit Sozialpartner*innen (Gewerkschaften) ausgehandelt, sind gesetzlich reguliert und mit starken Monitoring- und Implementationsmechanismen ausgestattet.

Entkopplung von Wirtschaftswachstum, Arbeitstätigkeit und sozialer Sicherheit. Wir müssen Wege finden, um den Druck zu einem ständigen Wirtschaftswachstum zu reduzieren. Das kann bedeuten, dass die Bedeutung des Lohnarbeitsmarkts verringert werden muss, indem für soziale Sicherheit und ein garantiertes Einkommen gesorgt wird. Zwei Vorschläge in dieser Richtung, die vernünftig umgesetzt eine vielversprechende sein könnten, sind:

- **Jobgarantie.** Regierungen könnten die Rolle von „Arbeitgeber*innen der letzten Instanz“ übernehmen, indem sie ein Budget zur Verfügung stellen, aus dem ein Einheitslohn und ein Sozialleistungspaket für Alle finanziert werden können, die arbeiten möchten und dazu in der Lage sind. Dies könnte Arbeitskräfte aus der Abwärtsspirale des privaten Sektors befreien und ihnen sinnvolle und gut bezahlte Jobs mit ökologisch nachhaltiger Zielsetzung bieten.
- **Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE):** Jeder Mensch erhält regelmäßig und sein ganzes Leben lang eine Summe Bargeld überwiesen, ohne dass dazu Bedingungen und Voraussetzungen erfüllt werden müssen. Hierzu gibt es sehr regressive Vorschläge, die das BGE als einen Weg betrachten, um öffentliche Dienstleistungen und soziale Sicherheitssysteme abbauen zu können, womit sich das Konzept perfekt in kapitalistische und wachstumsorientierte Wirtschaftsmodelle einfügen würde. Im Gegensatz dazu sind die progressiven Vorschläge auf jeden Fall prüfenswert. Sie zielen sowohl auf die individuelle als auch die kollektive Emanzipation und Selbstverwirklichung ab und würden bestehende Rechte und soziale Sicherheitsnetze zusätzlich stärken.

Eine in Lohnarbeit emanzipierte Gesellschaft

Anständige Arbeit, bei der die Menschenrechte der Person und das Arbeitsrecht hinsichtlich Arbeitsbedingungen, Arbeitssicherheit und Entlohnung gewahrt werden. Mit anständiger Arbeit wird ein Einkommen erzielt, mit dem die Arbeitskräfte den Lebensunterhalt für sich selbst und ihre Familien bestreiten können. Die Gewerkschaften spielen eine zentrale Rolle dabei, anständige Arbeit für Alle zu garantieren.

Frei gewählte Arbeit. Menschen sollten soweit wie irgend möglich das Recht haben, sich Aufgaben zu widmen, die ihnen wirklich zusagen, die sie tatsächlich ausführen wollen und die sie als sinnstiftend erleben, statt nur zu arbeiten, weil sie auf den Lohn angewiesen sind.

Wertschätzung von systemrelevanten Arbeitskräften. Arbeitskräfte, die gesellschaftlich wichtige aber in der Regel unterbewertete oder sogar verunglimpfte Tätigkeiten ausüben (Mitarbeiter*innen der Müllabfuhr, Pflege- und Reinigungskräfte) sollten eine deutliche Gehaltserhöhung erhalten. Abgesehen von der Frage der

Entlohnung ist hier auch ein kultureller Wandel notwendig, der das Ansehen dieser Tätigkeiten verändert: Diese Tätigkeiten bilden das Fundament, ohne das Wirtschaft und Gesellschaft nicht funktionieren würden.

Gleichberechtigung und Menschenrechte. Arbeitsplätze sollten frei sein von jedweder Art der Diskriminierung.

Gehaltsobergrenzen könnten in Form eines absoluten Maximalgehalts oder eines maximalen Verhältnisses zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Gehalt eingeführt werden. Ein fester Grenzwert ist eher geeignet, Einkommensgerechtigkeit herzustellen, als ein Verhältniswert. Einige Kooperativen oder Organisationen entscheiden sich sogar dafür, allen Arbeitskräften das gleiche Gehalt zu zahlen, unabhängig von deren Position in der Hierarchie – sofern es überhaupt eine gibt.

Idee 5: Die Rolle der Unternehmen

In unserer neuen Wirtschaft brauchen wir grundsätzlich andere Unternehmen, sowohl im Hinblick auf ihren Zweck als auch auf ihre Organisation: kleinere und weniger mächtige Unternehmen, die kollektiv geführt werden und einem gesellschaftlichen Zweck dienen, nicht der Gewinnabschöpfung.



Jenseits von transnationalen Unternehmen – kleinere Unternehmen.

Transnationale Unternehmen (TNCs) sind für erhebliche negative soziale und ökologische Folgen verantwortlich, haben einen überproportionalen und illegitimen Einfluss auf die Politik und ihre Entscheidungen und verfügen über eine dominante Marktposition, die verhindert, dass sich neue Unternehmen etablieren können. In letzter Instanz sollte den TNCs ihre Macht entzogen und die Mehrheit dieser Konzerne sollte in kleinere, unabhängige und stärker lokalisierte Unternehmen aufgeteilt werden.

Zweckorientierte Unternehmen sollten ausgerichtet sein auf die Produktion und Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen zur Erfüllung der Grundbedürfnisse von Einzelpersonen und der Gesellschaft innerhalb der planetaren Grenzen. Dies bedeutet, dass umweltschädliche und überflüssige Aktivitäten eingestellt werden sollten (fossile Brennstoffindustrie, ein Großteil der Werbung, Agrarkonzerne, etc.). Unbegrenzte Produktion und Profitmaximierung sollten keine Ziele mehr sein. Hohe Kapitalrenditen und Dividenden für Aktionär*innen sind in der Regel zurückzuführen auf eine Minderung des Wohlergehens von Arbeitskräften und Gemeinwesen, Ressourcenverbrauch oder eine Schädigung der Umwelt. Unternehmen sollten nicht mehr länger danach streben, Dividenden zu zahlen oder einen Betriebsgewinn zu erzielen, der über einen für Reinvestitionen benötigten Betrag hinausgeht. Stattdessen sollten sie primär einem gesellschaftlichen Zweck dienen und finanziell möglichst stabil sein (dazu gehört auch, dass die Inhaber*innen und Mitarbeitenden ein anständiges Einkommen erzielen). Ein Beispiel hierfür sind Sozialunternehmen.

Starke Regulierung sämtlicher Unternehmen. Eine allgemeine Faustregel sollte sein, dass Produktion und Konsum so wenig Schaden wie möglich anrichten. Dies sollte durch politische und gesetzliche Rahmenbedingungen streng reguliert sein, ebenso wie die Wahrung von Menschen- und Arbeitsrechten und von Umweltstandards. Neue Gesetze zur sozialen und ökologischen Verantwortung von Unternehmen müssen eine zivilrechtliche, administrative und strafrechtliche Haftung beinhalten und es Betroffenen ermöglichen, im Falle von Umweltschädigungen und Menschenrechtsverstößen die Gerichtsbarkeit im Herkunftsland eines Unternehmens in Anspruch zu nehmen.

Idee 6: Handel, Solidarität und internationale Beziehungen

In einer neuen Wirtschaft muss Europa ein wirklich fairer globaler wirtschaftlicher Akteur werden, seine unfairen Handelsbeziehungen beenden, weniger und lokaler handeln und den Ländern des Globalen Südens ihre Finanzverbindlichkeiten erlassen.



Ein Systemwechsel in Europa für echte internationale Solidarität. Die europäischen Volkswirtschaften gründen zu einem erheblichen Teil auf der Kolonialisierung des Globalen Südens, dem Abbau und Verbrauch seiner Ressourcen und der Ausbeutung seiner menschlichen Arbeitskraft. Im Neokolonialismus der Gegenwart hält diese ausbeuterische und ungerechte Situation bis heute an. Die zentralen Veränderungen, die benötigt werden, damit sich fairere internationale Beziehungen etablieren können, sind eine sozial gerechte Verkleinerung der Volkswirtschaften reicher Länder, einschließlich Europas, und eine Überarbeitung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzregeln.

Fairer, nachhaltiger und demokratischer Handel. Handels- und Investitionsabkommen der EU müssen einen Beitrag zu einer fairen, nachhaltigen und demokratischen wirtschaftlichen Agenda leisten. Um eine progressive wirtschaftliche Agenda zu erreichen, muss radikal mit den Grundlagen der aktuellen Handelspolitik gebrochen werden. Handel und Investitionen sollten nicht primär dem wirtschaftlichen, sondern vielmehr dem öffentlichen Interesse dienen. Internationale Handelsabkommen sollten den Schwerpunkt nicht auf eine Maximierung und Liberalisierung von Handel und Investitionen legen, indem sie die Transaktionskosten für die Privatwirtschaft reduzieren, sondern darauf, welchen Beitrag Handel und Investitionen leisten können zu einer gesunden Umwelt, anständiger Arbeit, einer nachhaltigen und gerechten Wirtschaft sowie einer gesicherten Nahrungsmittel- und Energieversorgung inner- und außerhalb von Europa.

Handel im menschlichen Maßstab – eine lokale Wirtschaft, maßgeschneidert um die Grundbedürfnisse aller Menschen zu befriedigen. Die größten europäischen Volkswirtschaften haben Handelsregeln aufgestellt, die Beziehungen zum Globalen Süden und den ärmsten Ländern in Europa unfair gestalten. Viel Macht bei der Kanalisierung von Ressourcen haben dabei die großen Unternehmen des Globalen Nordens. Wir benötigen eine Abkehr von den aktuellen Handels- und Wirtschaftssystemen, die einer unmoralischen Logik folgen, indem sie die Freizügigkeit von Menschen, Ideen und Wissen behindern, während sie gleichzeitig die unbegrenzte Freizügigkeit von Güter- und Finanzströmen fördern. Regionalisierung ist eine kohärente und gesunde Reorganisation von wirtschaftlichen Aktivitäten und Handel, in der sich die unterschiedlichen Aktivitäten jeweils auf der für sie angemessenen Ebene abspielen. Globalisierte Handelsströme müssen massiv eingedämmt werden. Dies bedeutet allerdings keineswegs das Ende des Handels: Der Umfang des internationalen Handels sollte zwar schrumpfen, doch der nationale, regionale und lokale Handel sollte sich als resilient erweisen und florieren, ausgerichtet auf die Bedürfnisse der Gemeinschaft und soziale Gerechtigkeit – und im Rahmen der planetaren Grenzen. Hierzu ist es erforderlich, dass die

Regionen ihre Wirtschaft de-spezialisieren und diversifizieren, damit sie nicht von einer begrenzten Anzahl an Waren und Dienstleistungen für den Export abhängig sind.

Schuldenschnitt und bedingungslose, zinsfreie Kredite. Finanzschulden sind ein weiteres ökonomisches Herrschaftsinstrument. Beispielsweise wird die Kreditvergabe an Bedingungen geknüpft, mit denen Schuldnerländern ökonomische Veränderungen aufgezwungen werden, wie etwa Deregulierung, Austerität und Privatisierung. So bleiben die ärmsten Länder in einer Spirale aus Armut und Ungleichheit gefangen. Der Globale Süden sollte seine Schulden nicht zurückzahlen. Stattdessen sollten neue, alternative, nationale Institutionen gegründet werden, die zinsfreie Kredite in regionaler Währung vergeben (statt in unangebrachten harten Devisen), die abgesehen von der Beachtung des sozialen Wohlergehens und der ökologischen Grenzen an keine Bedingungen geknüpft sind. Langfristig sollten alle Länder über solide, sich selbst tragende Haushalte verfügen, sodass sie nicht mehr auf eine Finanzierung oder „Rettungspakete“ von außen angewiesen sind.

Idee 7: Werte für eine neue Wirtschaft und Gesellschaft

Unsere Vision ist eine lebenserhaltende, florierende Wirtschaft, die die Grundwerte Suffizienz, Fürsorge, Empathie, Gleichberechtigung, Inklusion und Autonomie verkörpert und umsetzt.

Dies sind die Werte, die aus unserer Sicht grundlegend für das von uns gewünschte Wirtschaftssystem sind, in dem Menschen aufblühen und die planetaren Grenzen beachtet werden. Jeder dieser Werte bedingt die anderen – wir müssen sie uns alle gemeinsam zu eigen machen:



- **Suffizienz** bedeutet die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse sowohl innerhalb einer Generation als auch Generationen übergreifend, sodass alle Menschen heute und in Zukunft genug haben. Außerdem heißt Suffizienz, dass niemand mehr bekommt, als seinen gerechten Anteil – oder als die planetaren Grenzen es zulassen.
- **Fürsorge und Empathie.** Menschen sind im Grunde weder ausbeuterisch noch gewalttätig. Sie haben Mitgefühl, wenn ihre Mitmenschen oder andere Lebewesen Probleme, Ängste und Sorgen haben. Diese Werte werden jedoch in reichen Gesellschaften, zu denen weite Teile Europas gehören, unterdrückt, da das dominante Wirtschaftssystem und die Kultur den Individualismus fördern. Ein kollektiver gesellschaftlicher Fortschritt hängt davon ab, dass Fürsorge und Empathie zwischen den Menschen, für zukünftige Generationen, für andere Lebewesen und für die Erde gestärkt werden.
- **Gleichberechtigung und Inklusion.** Vielfalt sollte die Norm sein. Wir sind alle Menschen und verdienen es, gleich behandelt zu werden und die gleichen Rechte und Möglichkeiten zu haben, und zwar unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion oder anderen Merkmalen. Wir müssen jedes versteckte Machtgefälle sichtbar machen und ehrlich sein im Hinblick auf die speziellen Bedürfnisse und Erfahrungen einzelner Gruppen.
- **Autonomie** bedeutet, dass ein Individuum oder eine Gesellschaft kritische und bewusste Entscheidungen ohne dominanten äußeren Einfluss treffen kann. Sie ist nicht zu verwechseln mit Individualismus. Freiheit ist praktizierte Autonomie. Wachstum und Kapitalismus wirken beständig der individuellen und kollektiven menschlichen Autonomie entgegen, indem sie Lebensgrundlagen und den demokratischen Diskurs dadurch untergraben, dass sie „wirtschaftliche Naturgesetze“ postulieren, die als unveränderbar angenommen werden, etc. Eine autonome Gesellschaft kann jedoch nur dann entstehen, wenn ihre Gesetze auf dem Wege der demokratischen Willensbildung unter autonomen Individuen bestimmt werden.

Friends of the Earth Europe Member Groups

Austria — **GLOBAL 2000**

Belgium (Wallonia & Brussels) — **Les Amis de la Terre**

Belgium (Flanders & Brussels) — **Climaxi**

Bosnia & Herzegovina — **Centar za životnu sredinu**

Bulgaria — **Za Zemiata**

Croatia — **Zelena Akcija**

Cyprus — **Friends of the Earth**

Czech Republic — **Hnutí Duha**

Denmark — **NOAH**

England, Wales & Northern Ireland — **Friends of the Earth**

Estonia — **Eesti Roheline Liikumine**

Finland — **Maan Ystävät Ry**

France — **Les Amis de la Terre**

Georgia — **Sakhartvelos Mtsvaneta Modzraoba**

Germany — **Bund für Umwelt und Naturschutz**

Deutschland (BUND)

Hungary — **Magyar Természetvédők Szövetsége**

Ireland — **Friends of the Earth**

Latvia — **Latvijas Zemes Draugi**

Lithuania — **Lietuvos Zaliuju Judėjimas**

Luxembourg — **Mouvement Ecologique**

Macedonia — **Dvizhenje na Ekologistite na Makedonija**

Malta — **Friends of the Earth Malta**

The Netherlands — **Milieudefensie**

Norway Norges — **Naturvernforbund**

Poland — **Polski Klub Ekologiczny**

Russia — **Russian Social Ecological Union**

Scotland — **Friends of the Earth Scotland**

Slovakia — **Priatel'ia Zeme**

Slovenia — **Focus Association for Sustainable Development**

Spain — **Amigos de la Tierra**

Sweden — **Jordens Vänner**

Switzerland — **Pro Natura**



Friends of the Earth Europe campaigns for the protection of the environment, unites more than 30 national organisations with thousands of local groups and is part of the world's largest grassroots environmental network, Friends of the Earth International.

For more information on Friends of the Earth Europe's new economy work contact Meadhbh Bolger: meadhbh.bolger@foeeurope.org



Friends of the Earth Europe gratefully acknowledges financial assistance from the European Commission (LIFE Programme) and The Charles Léopold Mayer Foundation for the Progress of Humankind (FPH). Detailed information about Friends of the Earth Europe's funding can be found at: <http://www.friendsoftheearth.eu/our-funding>

The contents of this document are the sole responsibility of Friends of the Earth Europe and cannot be regarded as reflecting the position of the funders mentioned above. The funders cannot be held responsible for any use which may be made of the information this document contains.

Images credits: Ale Listens and Draws.

Friends of the Earth Europe would also like to thank Thomas Dauphin for his work on this project.



Rue d'Edimbourg 26 | 1050 Brussels | Belgium

EU Transparency Register no. 9825553393-31

Tel. +32 2 893 10 00 | info@foeeurope.org

www.friendsoftheearth.eu